Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1935

68 (21.3.1935)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

Durlacher Wochenblatt gegründet 1829 / Heimatblatt für die Stadt Durlach und den Amtsbezirk Karlsruhe

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertag ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark, durch die Post bezogen 1,86 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Adolf Dups, Kommanditgesellschaft, Durlach, Mittelstr. 6. Geschäftsstelle: Adolf Hitlerstr. 53, Fernspr. 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10 101. Verantwortlich für den Gesamtinhalt: Luise Dups, Durlach. D. A. II. 3400.

Anzeigenberechnung: Die 6gespaltene Millimeterzeile (46 Millimeter breit) 6 Pfennig, Millimeterzeile im Textteil 18 Pfennig. Z. Zt. ist Preisliste Nr. 3 gültig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor, nachmittags 17 Uhr, für kleine Anzeigen am Erscheinungstag 8 Uhr vormittags. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 68 | **Donnerstag, den 21. März 1935** | **106. Jahrgang**

Kurze Tagesübersicht

Ein französischer Kabinettsrat beschloß die Absendung einer Protestnote nach Berlin wegen des deutschen Wehrgesetzes und die Anrufung des Völkerbundes.

*

Vor der Berliner Reise der englischen Minister soll noch in Paris am Samstag eine Besprechung und Ministerzusammenkunft zwischen Frankreich, England und Italien stattfinden.

*

Sowohl im französischen Senat als auch im englischen Unterhaus finden dieser Tage außenpolitische Debatten statt, Flandin gab Erklärungen ab.

*

In einem Gespräch mit Reichsaußenminister von Neurath hat der Berliner Reuter-Korrespondent die Wehrpflichtfrage angeschnitten und vom ersteren sachliche Auskunft auch über den englischen Besuch erhalten.

*

Der Führer und Reichskanzler hat am Mittwoch um die Mittagsstunde Stuttgart unter stürmischer Begeisterung der Bevölkerung verlassen.

*

Der Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung hat einen Erlaß über die Studentenhöchstziffern für die Hochschulen in Großstädten herausgegeben.

*

Reichssportführer von Tschammer und Osten sprach heute vor der Diplomatic und der Auslandspresse über die Olympischen Spiele 1936. Eingangs hatte Dr. Göbbels Worte der Begrüßung an die Gäste gerichtet.

Der Führer an Frau Geheimrat Duisberg

Der Führer und Reichskanzler hat an Frau Geheimrat Duisberg nachstehendes Beileidstelegramm gerichtet:

„Zu dem schweren Verlust, der Sie durch den Tod Ihres Herrn Gemahls betroffen hat, spreche ich Ihnen meine herzliche Anteilnahme aus. Die deutsche chemische Industrie verliert in dem Verstorbenen einen ihrer ersten Pioniere und einen erfolgreichen Führer, die deutsche Wirtschaft einen ihrer großen Organisatoren. Sein Name wird in Deutschland in Ehren weiterleben."

Ausschluß aus der Hitlerjugend

DNB. **Berlin,** 20. März. Die Pressestelle der Reichsjugendführung gibt folgende Anordnung des Reichsjugendführers bekannt:

Ich habe den Führer des Gebietes 13 (Hessen-Nassau), Walter Kramer, wegen schwerer Verfehlungen mit sofortiger Wirkung seiner Dienststellung enthoben und aus der Hitlerjugend ausgeschlossen. Mit der kommissarischen Führung des Gebietes habe ich den Oberbannführer Potthof beauftragt.

gez. Baldur von Schirach.

Wichtig für Versorgungsanwärter

Berlin, 20. März. Durch die Vereinheitlichung der Justizverwaltung ist teilweise auch eine anderweitige Regelung des Meldeverfahrens für Versorgungsanwärter geboten. Der Reichsminister der Justiz hat deshalb in Aussicht genommen, zum 1. Juli 1935 bei dem Oberlandesgericht in Kassel eine Zentralmeldestelle für alle Oberlandesgerichtsbezirke einzurichten. Aber schon vom 1. April 1935 ab sind Bewerbungsgesuche von Versorgungsanwärtern um Stellen in der Justizverwaltung (bei Gerichten, Staatsanwaltschaften, Strafvollzugsbehörden) nicht mehr an die bisherigen Landesmeldestellen zu richten, sondern ohne weiteres an die Meldestelle bei dem Oberlandesgericht in Kassel, die bisher schon für die preußische Justizverwaltung eingerichtet war.

Für die Uebergangszeit (1. April bis 30. Juni 1935) ist vorgesehen, daß Bewerbungsgesuche unverzüglich an die Meldestelle in Kassel weiterzuleiten sind.

Für die Bewerbungen der Versorgungsanwärter sind Wunsch-Bezirke gebildet worden. Der Bezirk Süd umfaßt die Oberlandesgerichtsbezirke Bamberg, Karlsruhe, München, Nürnberg, Stuttgart und Zweibrücken, zusammen sechs Bezirke. Der Wunsch-Bezirk gilt für alle Laufbahnen der Justizverwaltung, für die sich ein Versorgungsanwärter vormerken läßt.

Abschluß des Plädoyers im Memel-Prozeß

Kowno, 20. März. Im Memelländer-Prozeß verkündete das Gericht die Verhandlung der Parteien für abgeschlossen. Es steht nur noch das Schlußwort der Angeklagten aus. Wie weit alle Prozeßumstände geklärt worden waren, geht daraus hervor, daß die Verteidiger wider Erwarten sich ganz kurz faßten und keine neuen Momente hervorbrachten, da ja auch die Staatsanwälte nichts Neues vorgebracht hatten. Im Redewechsel blieben sowohl die Staatsanwälte als auch die Verteidiger bei ihren Anträgen.

Der Führer in Südwestdeutschland

Der Führerbesuch in Stuttgart

Das war in der Tat eine Ueberraschung, die gewaltige Freudenkundgebungen auslöste, als der Führer und Reichskanzler am Dienstag in der schwäbischen Landeshauptstadt eintraf! Kundgebungen und Huldigungen, Sprechchöre und Heilrufe erschallten ohne Unterlaß und der Führer zeigte sich in kurzen Abständen. Drei Stunden lang geht es so, die Menge ist angewachsen bis in die Schloßstraße hinein. Der Ruf: „Wir wollen unseren Führer sehen" wird von der erfinderischen Jugend ersetzt durch andere Rufe. Besonders tut sich ein hellstimmiger Chor des BdM. hervor. Bei manchen Versen hapert es etwas im Versmaß oder im Reim, so bei den Chören: „Lieber Führer, sei nicht hart, zeig dich uns in Stutt—gart!" oder „Führer, deine Jugend ruft, mach doch mal das Fenster uff!" Die Hauptsache ist, daß die Begeisterung sich Luft machen kann, und daß der Führer immer wieder ans Fenster gelockt wird. Zwischenhinein schallen Lieder, das Deutschland-, Horst-Wessel-Lied werden von der ganzen riesigen Menschenmasse mitgesungen, und auch das Schwabenlied „Preisend mit viel schönen Reden..." wird von begeisterten Mädchenstimmen angestimmt.

Der Führer empfing nach seiner Ankunft am Dienstag abend Reichsstatthalter und Gauleiter Murr mit seinen beiden Adjutanten SS.-Oberführer Zeller und Oberleutnant Druffner, Ministerpräsident Mergenthaler, die Minister Dr. Schmid und Dr. Lehnich, Staatssekretär Waldmann, Oberbürgermeister Dr. Strölin, Kreisleiter Mauer, SA.-Gruppenführer Ludin und SS-Brigadeführer Malsen-Ponickau und SS.-Standartenführer Weidermann. Der stellv. Gauleiter Schmidt traf, von seiner Dienstreise kommend, später auch noch ein. Der Führer unterhielt sich sehr angeregt mit dem Reichsstatthalter und mit den Ministern der württembergischen Regierung über eine Reihe von aktuellen Fragen.

In Begleitung des Führers befanden sich u. a. der Bevollmächtigte des Führers, von Ribbentrop, der Reichspressechef Dr. Dietrich und Obergruppenführer Brückner, Generalinspekteur Dr. Todt, der zufällig in Stuttgart weilte und dieser Tage sehr eingehend die Bauarbeiten an den württembergischen Autobahnen besichtigte. Zum Abendessen waren der Reichsstatthalter, die Mitglieder der württembergischen Regierung, der Oberbürgermeister und noch eine Anzahl anderer Persönlichkeiten geladen. Nach dem Zapfenstreich verweilten noch beim Führer: Reichsstatthalter Murr, der Befehlshaber des Wehrkreises, Generalleutnant Geyer, General Schwarzenecker, General Kienitz, der Chef des Stabes, Oberst Ruoff und Oberst Most, der Kommandant von Stuttgart.

Punkt 11 Uhr marschierten drei Musikkapellen und eine Ehrenkompagnie des 1. Bataillons heran, tosend bricht die Musik an der Front des Hotels. Eine Lichterreihe flammt auf der Balkonbrüstung auf, und in ihrem Schein tritt der Führer auf den Balkon, gefolgt von zahlreichen Männern seiner Umgebung und den führenden Persönlichkeiten Württembergs. Sein persönlicher Adjutant Brückner ist bei ihm. Herr von Ribbentrop, der Generalinspekteur der Reichsautobahnen, Dr. Todt und an Württembergern Reichsstatthalter Murr mit der württembergischen Regierung, Wehrkreiskommandeur Generalleutnant Geyer und andere hohe Offiziere.

Zwei Märsche leiten zum Zapfenstreich über, dem Zapfenstreich der Kavallerie, der von zwei Musikkapellen gespielt wird. Ein packendes Bild: der erleuchtete Balkon mit dem Führer und seiner Begleitung, schattenhaft an der dunklen Hausfront rechts und links die Fahnen des Reiches, die Linie der Kompagnie und der Kapellen mit mattschimmernden Instrumenten und die schweigende riesige Menschenmenge, die den feierlichen Klängen des Zapfenstreichs lauscht. Als der Zapfenstreich in die Nationallieder ausklingt, fallen die Tausende ein, grüßen noch einmal an diesem Abend mit erhobener Hand und begleiten den Führer, als er den Balkon verläßt, mit einem letzten, gewaltig an den Häusern widerhallenden Heil.

Der Abschied des Führers von Stuttgart

Die Abfahrt des Führers und Reichskanzlers von Stuttgart, die am Mittwoch mittag 12 Uhr erfolgte, gestaltete sich zu einer Kundgebung, wie sie die schwäbische Landeshauptstadt in diesem Ausmaße und in dieser Beharrlichkeit selten erlebt hat. Schon vom frühen Morgen an standen Tausende von Volksgenossen in den Straßen und auf dem Platz vor dem Hospiz Viktoria, um den Führer zu sehen und seine Abfahrt, deren Zeitpunkt unbekannt war, mitzuerleben. Gegen Mittag stauten sich die Menschenmassen so stark, daß immer wieder neue Absperrmannschaften beigezogen werden mußten, um wenigstens in den angrenzenden Straßen den Verkehr, der sowieso umgeleitet werden mußte, aufrechtzuerhalten. Inzwischen war auch eine Abteilung der SA. und des Arbeitsdienstes aufmarschiert, die vor dem Hotel Spalier bildeten. Beängstigend wurde der Andrang, als die Jugend, die offenbar schulfrei bekommen hatte, in großen Scharen anrückte, um den Führer zu sehen. Unendlicher Jubel stieg in den sonnigen Frühlingstag empor, als der Führer sich wiederholt am Fenster zeigte und den Volksgenossen für ihre Liebe und Treue dankte. Auch in allen angrenzenden Straßenzügen, selbst in der Königstraße und am Wilhelmsbau und vor dem Wehrkreiskommando, hatten sich unzählige Volksgenossen aufgestellt, in der Hoffnung, der Führer werde seine Fahrt durch die betreffenden Straßen nehmen. Als dann der Führer und Reichskanzler um 12 Uhr im Portal des Hotels erschien, umgeben von seiner Begleitung, wurde er von unermeßlichem Jubel umbraust. Zu seiner Verabschiedung hatten sich im Hospiz Viktoria Reichsstatthalter und Gauleiter Murr, Ministerpräsident Mergenthaler, ferner von der Wehrmacht der Chef des Stabes des Wehrkreiskommandos 5, Oberst Ruoff, als Vertreter des dienstlich abwesenden Generalleutnants Geyer, und der Stadtkommandant Oberst Most eingefunden. Die Abfahrt des Führers, der im Wagen stehend nach allen Seiten grüßte, gestaltete sich zu einem wahren Triumphzug.

*

Die Bergstraße im Jubel

Ueberraschender Besuch des Führers im Rhein-Neckargebiet.

DNB. **Wiesbaden,** 20. März. Heute nachmittag traf, von Stuttgart über Sinsheim durch das Neckartal kommend, der Führer in Heidelberg ein, wo er mit seiner Begleitung im „Europäischen Hof" abstieg. Obwohl die Ankunft des Führers vorher nicht bekannt gegeben war, hatten sich doch auf den Straßen große Menschenmassen angesammelt, die sich vor dem Hotel in unübersehbarer Menge zusammenballten und in Sprechchören den Führer zu sehen verlangten. Die Absperrung konnte die immer mehr anschwellenden Massen kaum zurückhalten. Eine Anzahl Kinder wurde in den Hof des Hotels geführt, um dort den Führer aus nächster Nähe sehen zu können. Etwa um 16,30 Uhr verließ der Führer das Hotel und bestieg seinen Kraftwagen. Ein kleines Mädel überreichte ihm einen Blumenstrauß. Dann fuhr der Wagen des Führers, von brausenden Heil-Rufen umtoßt, in langsamer Fahrt durch die Stadt. Die Absperrung konnte die Menge nicht mehr zurückhalten, die bis an den Wagen des Führers vordrängte. Nur schrittweise konnte der Wagen vorwärtskommen, und der Führer selbst forderte, im Wagen stehend, die begeisterte Menge auf, seinem Wagen Platz zu machen.

Unbeschreiblich war dann der Empfang, der dem Führer in Darmstadt bereitet wurde. Wie ein Lauffeuer hatte sich die Kunde von der bevorstehenden Durchfahrt des Führers bereits in den Mittagsstunden verbreitet. Im Nu war die gesamte Bevölkerung auf den Beinen. In den ersten Nachmittagsstunden schon war auf den Durchfahrtsstraßen, die der Führer voraussichtlich passieren würde, an ein Durchkommen nicht mehr zu denken. Stunde um Stunde harrte die Menge geduldig aus, bis dann endlich, als schon der Abend hereingebrochen war, der Führer in der hessischen Landeshauptstadt eintraf. Jetzt war die Menge nicht mehr zu halten. Sie durchbrach die Absperrungen und lief bis an den Wagen des Führers heran, der mit einem Orkan der Begeisterung begrüßt und von ununterbrochenen Heil-Rufen begleitet wurde. Auch hier konnte der Wagen nur schrittweise sich seinen Weg durch die Stadt bahnen. Vor dem Hause des Reichsstatthalters hatten sich die Spitzen der Partei, der Landesbehörden und der Stadt eingefunden, um den Führer zu begrüßen. Unter dem grenzenlosen Jubel der Darmstädter Bevölkerung setzte der Führer dann, ohne Aufenthalt genommen zu haben, seinen Weg in nordwestlicher Richtung fort. Obwohl die Fahrtroute des Führers unbekannt geblieben war, schien doch die ganze Gegend alarmiert zu sein. In allen Städten und Städtchen, in allen Dörfern und Ortschaften standen die Menschen Kopf an Kopf und harrten geduldig der Ankunft des Führers.

In Wiesbaden, wo der Führer gegen 20,40 Uhr eintraf, erwarteten ihn ebenfalls ungezählte Tausende. Auch hier war es einfach nicht mehr möglich, weiterzukommen. Immer und immer wieder mußte der Wagen halten. Nur unter Aufbietung aller verfügbaren Kräfte gelang es den Absperrungsmannschaften, eine schmale Gasse durch die zusammengeballten Menschenmassen zu bahnen. Vor dem „Hotel Rose", in dem der Führer die Fahrt unterbrach, sammelte sich ebenfalls im Nu eine ungeheure Menschenmenge, die immer wieder in Sprechchören den Führer zu sehen verlangte.

Die ganze Fahrt von Stuttgart an glich, obwohl das Reiseziel völlig unbekannt geblieben war, einer einzigen Triumpffahrt. Gerade der Umstand, daß dabei niemand vorher von dem Besuch des Führers wußte, läßt so recht erkennen, mit welch' grenzenloser Liebe und Verehrung das deutsche Volk an seinem Führer hängt. Lieber standen die Menschen stundenlang vergeblich auf dem vermuteten Durchfahrtsstraßen, als daß sie sich die Gelegenheit entgehen ließen, den Führer, wenn auch nur für den kurzen Augenblick der Durchfahrt, zu sehen und ihm für die historische Tat der Wiederherstellung der deutschen Ehre zu danken.

Bischofsneuwahl bei der deutschen altkatholischen Kirche

Bonn, 20. März. Zum neuen Bischof der altkatholischen Kirche wurde am Mittwoch in einer nach Bonn, dem Sitz des Bistums, einberufenen Reichssynode der bisherige Generalvikar für die altkatholische Kirche Deutschlands, Erwin Kreuzer, der nach dem Tode von Bischof Dr. Moog Bistumsverweser war, gewählt.

Bischof Erwin Kreuzer ist 1878 in Berlin geboren. Am 1. April 1900 wurde er in Bonn zum Priester geweiht. 1916 übernahm er in Freiburg i. Br. die Funktionen eines bischöflichen Stellvertreters für Baden. 1934 wurde er vom Bischof Dr. Moog zum Generalvikar für ganz Deutschland bestellt.

Flandin zum Aufbau der deutschen Wehrmacht

DNB. **Paris,** 20. März. Vor vollbesetztem Hause eröffnete Ministerpräsident Flandin mit einer eineinviertelstündigen Rede die heutige Senatssitzung.

Er begründete zunächst die von der Regierung in ihrer vor den Kammern abgegebenen Erklärung vorgesehenen Maßnahmen zum Ausgleich der rekrutenarmen Jahrgänge. Die Regierung habe die Wahl gehabt zwischen der Anwendung des Artikels 40 und der Einbringung eines Gesetzentwurfes. Da sie sich nicht auf die nicht abzusehende Aussprache in den Kammern habe einlassen können, habe sie es für geboten gehalten, im Rahmen des Gesetzes über die einjährige Dienstzeit auf Artikel 40 zurückzugreifen und geglaubt, damit der Landesverteidigung am besten gedient zu haben. Nachdem nun dieser Beschluß von der Regierung gefaßt worden sei, stehe es jedem Parlamentarier frei, eine Ergänzung zu dem gleichzeitig mit der Regierungserklärung eingebrachten Gesetz über die Förderung der Kapitulanteneinstellung zu beantragen.

Im zweiten Teil seiner Rede ging der Ministerpräsident auf die Proklamation der Reichsregierung hinsichtlich der Wehrpflicht über. Man habe dieses Ereignis als Folge der Veröffentlichung des englischen Weißbuches und der Erklärung der französischen Regierung hinstellen wollen. Diese Behauptung stehe im Widerspruch zu den Tatsachen. Die 12 Armeekorps und die 36 Divisionen seien in Wirklichkeit schon vorhanden gewesen. Außerdem sei acht Tage früher der amtliche Beschluß der Schaffung einer deutschen Streitmacht zur Luft bekanntgegeben worden. Man stehe also dem Abschluß einer Politik gegenüber, wobei man die Proklamation sicherlich absichtlich mit der Heldengedenkfeier zusammenfallen ließ, um den Eindruck zu verstärken. Aber diese Proklamation entspreche einer Auffassung, die, wenn sie von der Welt angenommen würde, die Vernichtung der auf dem Völkerbund fußenden Arbeit bedeuten würde. Die Proklamation teile den Staaten mit, daß der Schutz der Ehre und der Sicherheit des Reiches nunmehr den eigenen Kräften des deutschen Volkes anvertraut worden sei. Die Reichsregierung füge hinzu, daß sie nicht über die Erfordernisse der Sicherung der Ehre und der Freiheit des deutschen Volkes hinausgehen wolle.

Wenn man den Wortlaut der Proklamation mit der Völkerbundssatzung vergleiche, sehe man zwei entgegengesetzte Auffassungen: Wo bleibe die Gerechtigkeit, von der die Satzungen des Völkerbundes sprechen, wenn jeder sich das Recht beimesse, die Verpflichtungen der Verträge zu verleugnen? Was bleibe von der Kraft des internationalen Rechtes übrig, wenn man die eigene Kraft jeder Nation an die Stelle dieses Rechtes setze? Frankreich könne die Auffassung des Reiches nicht teilen, ebenso wenig, wie es die Begründung hinnehmen könne, die die Reichsregierung dazu gebe.

Seit 15 Jahren habe Frankreich viel für die Annäherung und für die Wiederversöhnung der beiden Völker getan. Aber diese Versöhnung könne nicht auf der Verkehrung der Wahrheit und auf der Ableugnung des Rechtes und der Gerechtigkeit fußen. Es sei nicht wahr, daß das deutsche Volk nach viereinhalbjährigem Kriege die Waffen niedergelegt habe. Ueber die Verantwortung an der Entfesselung des Krieges sei das Urteil längst gesprochen. Er, Flandin, werde nicht zulassen, daß dieses Urteil in Verjährung gerate. Er fordere Hitler auf, die Erinnerungen eines seiner großen Vorgänger, nämlich des Fürsten Bülow, zu lesen über die Umstände, unter denen die Kriegserklärung Deutschlands an Rußland erfolgt sei. Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit der beiden Völker, eine Zusammenarbeit, die der Wunsch Aller sei, könne nicht zustandekommen durch das Vergessen der Verantwortlichkeiten. Es sei nicht wahr, daß das deutsche Volk freiwillig die Waffen im Jahre 1918 niedergelegt habe. Gewiß habe das deutsche Volk kraftvoll bis zum Schluß gekämpft, das werde niemand leugnen. Aber der Waffenstillstand sei unterzeichnet worden, da Frankreich ihn gewollt habe, um neue Verluste zu vermeiden, da die Koalition der Völker, die für das Recht gekämpft hätten, siegreich gewesen sei, ebenso wie sie es in Zukunft sein würde.

Auch sei die Behauptung unrichtig, Frankreich habe seine Abrüstungsverpflichtungen nicht erfüllt. Vergesse man denn die Verminderung der Effektivstärke, die Frankreich vorgenommen und die über 50 % betragen habe? Vergesse man, daß Frankreich die Dauer der Militärdienstzeit nach und nach von drei Jahren auf ein Jahr verkürzt habe? Bei der Kriegsmarine habe Frankreich den Tonnengehalt von 768 600 Tonnen im Jahre 1914 auf 550 000 Tonnen verringert. Ebenso seien die Luftstreitkräfte vermindert worden. Beim Waffenstillstand habe sich Frankreich von dem Wunsche zur Abrüstung leiten lassen. Wenn Frankreich nicht mehr getan habe, so nur wegen der Aufrüstung, die jenseits des Rheins fortgesetzt worden sei. Es sei ferner nicht wahr, wenn erklärt werde, das Reich habe seine Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag ausgeführt. Das Reich führe die amtliche Vernichtung des Materials an, vergesse aber, die Neubauten aufzuzählen, die insgeheim vorgenommen worden seien, und die hinter einer offiziellen Abrüstung eine tatsächliche Aufrüstung darstellten.

Flandin ging dann dazu über, darzulegen, daß Frankreich nach und nach auf die wesentlichen Klauseln des Versailler Vertrages verzichtet habe. Von Spa bis Lausanne sei die Liste der französischen Verzichte auf seine geheiligten Forderungen an Deutschland lang. Die französischen Steuerzahler hätten zu zahlen und würden noch lange zu zahlen haben für Zerstörungen, die nicht auf die Kriegshandlungen zurückzuführen seien, sondern bewußt und systematisch von den deutschen Truppen während der Besetzung des französischen Gebietes vorgenommen worden seien. In Lausanne habe man darunter einen Strich gezogen (Flandin gebrauchte den Ausdruck: „Schwamm drüber“), und kürzlich erst habe Frankreich die Saarabstimmung nicht um eine einzige Stunde verzögert. Das Reich vergesse das alles. Man müsse sich fragen, wie ein großes Volk unter einer solchen Verkleidung der Geschichte jemals einen aufrichtigen Wunsch zur Zusammenarbeit finden werde. Das französische Volk, das erregt gewesen sei über den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund, habe seit dem Abkommen von Rom und den Besprechungen von London sich zu neuer Hoffnung berechtigt geglaubt. Der Ostpakt schien in kurzer Zeit durchführbar zu sein. Man habe mit der endlichen Sicherung des europäischen Friedens rechnen können. In London habe man eine Politik der Vorbeugung begonnen. Von dieser Politik habe man sich viel versprochen bei dem Bemühen eine Katastrophe, die das Ende der Zivilisation bedeuten würde, zu vermeiden. In Genf sei man dabei gewesen, die Abrüstungsverhandlungen wieder aufzunehmen. Diesen Augenblick habe Deutschland gewählt, um zu behaupten, es sei bedroht. Von wem könne es sich bedroht fühlen?

Wenn Frankreich sich anschicke, den Völkerbund aufgrund des Artikels 11 der Völkerbundssatzungen mit einem für die Sache des Friedens so schwerwiegenden Akt zu befassen, so diene Frankreich damit nicht seinem eigenen Interesse, sondern dem Interesse der Gesamtheit aller Staaten. Der Friede der Welt stehe auf dem Spiel. Frankreich sei um den auf der Gerechtigkeit und auf der Ehre stehenden Frieden besorgt. Es handle sich nun nicht mehr um eine französisch-deutsche Frage.

Frankreich sei stark genug, um sich selbst zu verteidigen, und wenn sich die Notwendigkeit biete, sich durch seine Bündnisse zu verteidigen. Aber es gebe in Europa auch eine Reihe von schwachen Völkern, deren Bestand bedroht wäre, wenn man es zulassen würde, daß die Politik des Rechtes durch eine Politik der Macht ersetzt würde. Vor dem großen internationalen Tribunal müsse diese Frage behandelt werden. Ein Jeder solle dort seine Begründungen anführen und ihre Berechtigung solle dort geprüft werden.

Gewiß wolle Frankreich nicht Ungerechtigkeiten aufrechterhalten oder untragbare Zustände. Im Rahmen der Legalität seien alle Abänderungen der Verträge möglich, das habe man, so meinte Flandin, der damit auf Oesterreich, Ungarn und Bulgarien angespielt haben soll, in der Vergangenheit gezeigt, seitdem habe sich diese Anschauung nicht geändert.

Frankreich hasse den Krieg. Alle Maßnahmen, die notwendig seien, um den Frieden aufrecht zu erhalten, würden ergriffen werden.

Sofort nach der Proklamation des Reichskanzlers Hitler habe Frankreich eine gemeinsame Aktion mit England und Italien vorgesehen. Der Schritt vor dem Völkerbundsrat sei heute morgen beschlossen worden. Im übrigen habe sich der Ministerrat heute morgen über den Protest geeinigt, den der französische Botschafter der Reichsregierung überreichen werde. Die Regierung werde alles tun, um den Frieden aufrecht zu erhalten, und werde in dem Bemühen nicht ablassen, um sich einen mächtigen Block der Staaten zu scharen, die denselben Idealen treu geblieben seien wie Frankreich.

Alle Franzosen müßten sich nun in der heiligen Vaterlandsliebe einigen. Es sei nicht möglich, die moralische Vorbereitung des Volkes von seiner militärischen Vorbereitung zu trennen. Man solle sich ein Beispiel nehmen an der moralischen Vorbereitung, die jenseits des Rheines getroffen worden sei. Die Propaganda gegen die französische Armee und gegen das Vaterland müßten als Hochverratsverbrechen angesehen werden. Frankreich werde es nicht zulassen, daß in seinen Kolonien sich eine Propaganda entwickle, die die Eingeborenen gegen Frankreich aufhetze.

Flandin schloß mit einem Aufruf zur Einigkeit. Er forderte die Kammer auf, die Regierung zu unterstützen. In einem Augenblick, wo Frankreich die Flamme des Rechtes und der Gerechtigkeit wieder entfache, solle man nicht daran zweifeln, daß eine lange Reihe von Nationen sich Frankreich anschließen würde in der Stunde der Gefahr. Es sei zu hoffen, daß die Gefahr abgewendet werde und daß das Recht und die Gerechtigkeit triumphieren werden.

*

Der erste Eindruck der bisher im Auszug vorliegenden Rede des französischen Ministerpräsidenten geht dahin, daß Flandin es sich unter Verwendung bekannter und oft angewandter und ebenso oft widerlegter Argumente (wie die Kriegsschuld, die längst durch objektive historische Forschung widerlegt ist) leicht macht, Deutschland mit seinem Entschluß vom 16. März ins Unrecht zu setzen; auf der anderen Seite vermißt man auch den geringsten Hinweis auf die jahrelang sich hinziehenden Unterlassungen, Verfehlungen und Versäumnisse der anderen, ja deren passive Resistenz, die der Durchführung berechtigter deutscher Forderungen entgegengesetzt worden ist. So entsteht der Eindruck, als ob Frankreich an seiner alten politischen Ideologie festhalten wollte, an der bisher jeder Fortschritt scheitern mußte. Es muß bedauert werden, daß die Rede Flandins offenbar keinen Anhalt dafür gibt, daß die mit dem 3. Februar in London inaugurierte Politik seitens der Franzosen wirklich ernsthaft in der Richtung einer europäischen Entspannung gewollt war. Frankreich vermag sich offenbar immer noch nicht damit abzufinden, daß mit einem gleichberechtigten Deutschland in freier Weise verhandelt werden soll.

Wenn Frankreich wirklich, wie Flandin sagt, „um den auf der Gerechtigkeit und der Ehre fußenden Frieden besorgt ist“, so muß man sich fragen, ob diese Rede des französischen Staatsmannes und sein Schritt in Genf wirklich der richtige Weg hierfür ist!

*

Der französische Senat fordert noch weitere Rüstungsmaßnahmen

DNB. **Paris,** 21. März. Auf der Tagesordnung des Senates standen die Anfragen des Senators Lémery über die Maßnahmen, die die Regierung zu ergreifen gedenke, um die Organisation des Heeres auf der Höhe der Erfordernisse der Landesverteidigung zu halten; ferner eine Anfrage des Senators General Bourgeois über den Gesetzentwurf über die Erhöhung der Dienstzeit von 1936 bis 1940 und schließlich eine Anfrage des Senators Benazet über die Verletzung der Militärklauseln des Friedensvertrages durch Deutschland.

Senator Lémery gab der Auffassung Ausdruck, daß der Senat einmütig die Antwort der Regierung an das Reich billigen werde. Hingegen bleibe die Frage des Rüstungsstandes Frankreichs offen. Die Erklärung der Regierung vom 15. März gebe

---

Änderung im Hause Tiebruck

Roman von Christel Broehl-Delhaes

Copyright by Karl Köhler & Co., Berlin-Zehlendorf.

51 (Nachdruck verboten.)

Georg war sogleich aus der Rhön zurückgekehrt. Die Anklage wider seinen Vater traf ihn furchtbarer, als jeder erwartet hatte.

Kamilla wußte nicht viel von der ganzen Sache. Sie hatte an dem Abend, an dem sie erfuhr, daß Alk, der Mann, den sie geliebt hatte, nicht davor zurückschreckte, den Namen ihres geliebten Vaters anzugreifen, einen vollkommenen Nervenzusammenbruch gehabt, dem ein hitziges Nervenfieber folgte. Maria trug auf zwei Schultern. Zu Hause pflegte sie das schwerkranke Mädchen; in der Klinik und vor Gericht stand sie mit eiserner Willenskraft ihrem Gatten zur Seite.

Die Dinge hatten sich noch immer nicht aufgeklärt. Doktor Brenzel, ein Kollege Alks, der gleiche, der damals vor dem Laboratorium mit ihm gesprochen hatte, zeigte die geheimgehaltene und unerlaubte Impfung der Kinder mit den neuerfundenen Impfstoffen gegen die spinale Kinderlähmung an.

Der ältere Arzt, der einen stillen und zähen Eindruck machte, sagte aus:

„Doktor Alk war ein Blender. Seinem fast zauberischen Draufgängertum gelangen Dinge, denen er normalerweise gar nicht gewachsen war. Er hatte einen ungeheuren Willen. Er gab sich an Sachen, vor denen wir mit unserem überlegenen Verstand zurückgeschreckt wären, nüchtern und sachlich —“

„Diese Dinge gelangen aber meistens immer, nicht wahr?“

„Ja“, gab der Arzt mit verbissenem Gesicht zu, „weiß der Himmel, wie er es machte: sie gelangen ihm. Wie wäre es sonst möglich gewesen, daß er den Herrn Professor in solch einem Maße für sich einnehmen konnte?“ Hier flog sein Blick zu seinem Chef hinüber, und es war etwas in Blick und Ausdruck dieses verbitterten Menschen, was einen erschüttern konnte: trotz allem tiefste Anhänglichkeit und Liebe. Er erhob wieder seine Stimme: Aber obwohl Herr Professor Tiebruck maßlos für Alk eingenommen war, lege ich meine Hand dafür ins Feuer, daß Professor Tiebruck Alk niemals in solchen Sachen Freiheit gelassen hat, die er nicht verantworten konnte.“

Im Zuschauerraum erhob sich ein nur schwer unterdrücktes Gemurmel. Maria saß mit glitzernden Augen. Dieser Doktor Brenzel! Alk hatte ihn ja völlig ausgeschaltet. Maria kannte ihn so gut aus ihrer Klinikzeit. Er war nie ein hervorragendes Talent gewesen, aber er war ein Mann und Helfer, dem ein Kranker unbedenklich vertrauen konnte.

Es zeigte sich aber im Verlauf der Verhandlung, daß auch die anderen Aerzte fast ausnahmslos gegen Alk auftraten.

Westpfahl schleuderte in den Saal, daß der Beweis für die Vollmacht vorläge. Alk habe ein Telegramm an den zur Erholung in Königstein im Taunus weilenden Professor gesandt, folgenden Inhalts:

„Kinderlähmungsausbruch in der Klinik! Erbitte Erlaubnis zur Schutzimpfung.“

Nach diesen Worten entstand eine ungeheure Bewegung. Rufe wurden laut, erschreckte und entsetzte Schreie.

Der Vorsitzende gebot Ruhe und fragte dann den Professor: „Sie haben uns nie von einem Telegramm Doktor Alks gesprochen. Ist es wahr, daß Sie es erhalten haben?“

„Ich habe niemals ein Telegramm dieses Inhalts von Alk erhalten.“

Westpfahl richtete sich leidenschaftlich auf. Sein Auge senkte sich in das des Gegners.

„Ich habe den Beweis dafür, daß Sie es erhalten haben, Herr Professor Tiebruck!“

Hier mischte sich der Staatsanwalt ein und fragte: „Wie kommt es, Herr Anwalt, daß Sie erst jetzt mit diesem alles umstürzenden Beweismaterial herauskommen?“

„Weil ich den Hauptschlag erst dann führen wollte, wenn ich alle Meinungen gehört hatte.“

„Und der Beweis?“

Es herrschte eine fast atemlose Stille. Alle Augen starrten auf das kleine Papier, das Erwin Westpfahl raschelnd entfaltete. Man sah, daß es ein Telegramm war, und Westpfahl las von ihm die Worte: „Alles versuchen! Tiebruck.“

Er fügte noch hizu, daß das Telegramm am 27. Juni nachmittags um sechs Uhr in Königstein zur Post gegeben wurde.

Tiebrucks Verteidiger schrie dagegen: „Mein Mandant bestreitet es energisch, jemals ein Telegramm dieses Inhalts, überhaupt auch nicht ein einziges Telegramm an Alk aufgegeben zu haben.“

„Aber es liegt uns doch vor!“ widersprach Westpfahl. „Hier haben wir es doch! Wollen Sie sich von seiner Echtheit überzeugen, Herr Anwalt?“

„Da der Herr Professor es ablehnt, dieses und überhaupt ein Telegramm abgeschickt zu haben, so bliebe festzustellen, wie Alk in den Besitz eines solch wichtigen Deckungsmaterials geriet.“

Plötzlich erhob sich Doktor Brenzel von der Zeugenbank und rief ungefragt in den Saal: „Es ist Doktor Alk zuzutrauen, daß er selbst dieses Telegramm aufgab.“

„Sie sind nicht gefragt!“ verwies ihn der Vorsitzende unwirsch, aber er hatte genug zu tun, die Unruhe im Raum, die dieser Zwischenruf erzeugt hatte, niederzuzwingen.

Tiebrucks Verteidiger aber griff diesen Hinweis auf.

„Es ist ja nicht einmal nötig, daß Alk selbst ein solches Telegramm aufgegeben hat; er kann seine Helfer gehabt haben.“

Westpfahl ereiferte sich: „Das ist eine ungeheure Beschuldigung, Herr Anwalt, die ich schärfstens zurückweisen möchte.“

Tiebrucks Verteidiger antwortete: „Doktor Alk wird uns als ein fanatischer, blendender Arzt geschildert. Seit langer Zeit suchte er nach dem Schutzstoff gegen eine der fürchterlichsten Krankheiten, gegen die entsetzliche spinale Kinderlähmung. Wäre er tatsächlich in der Lage gewesen, der Menschheit mit diesem ersehnten Schutzstoff zu helfen, so hätte er ihr nicht nur einen unschätzbaren Dienst erwiesen, nein, er wäre auch ein berühmter Mann, reich, frei, bewundert, gefeiert und unabhängig geworden. Danach strebte Doktor Alk. Tiebruck stand, bei all seiner Hoffnung auf Alk, einer praktischen Verwirklichung der geplanten Impfungen noch ablehnend gegenüber. Alk lag daran, einen Versuch auszuführen, er vertraute seinem ‚Draufgängertum‘, wie es Herr Doktor Brenzel so treffend bezeichnete, führte die Impfung aus und — verlor das Spiel.“

Westpfahl setzte dieser Ausführung eiskalt entgegen:

„Sie vergessen bei Ihrer glänzenden Erzählung die beiden Telegramme. Doktor Alk fragte korrekt bei Herrn Professor Tiebruck an. Nachdem er die Vollmacht hatte, unternahm er den Versuch zur Rettung der Kinder.“

„Herr Professor Tiebruck hat niemals ein Telegramm aus Königstein an Herrn Doktor Alk aufgegeben.“

„Einen Moment!“ antwortete Westpfahl. „Auch das kann richtiggestellt werden. Ich habe mich natürlich vorgesehen und erwartet, daß man mir nicht glauben wollte. Das Telegramm wurde also am 27. Juni nachmittags um sechs Uhr in Königstein zur Post gegeben von der Tochter des Herrn Professors, Fräulein Kamilla Tiebruck.“

Ein ungeheures Gemurmel und Rufen wurde laut. Tiebruck wandte den Kopf und sah sich im Raum um, als habe er den Verstand verloren. Kamilla hatte dieses mysteriöse Telegramm aufgegeben? Kamilla? Kamilla? Seine Tochter Kamilla? Das war nicht möglich! Was hatte Kamilla, sein Mädel, mit dieser folgenschweren Sache zu tun?

„Haben Sie“, hörte er den Vorsitzenden wie aus weiter Ferne fragen, „Ihrer Tochter den Auftrag gegeben, dieses Telegramm aufzugeben?“

„Nein — ich weiß nicht — es kann doch nicht sein — es ist doch nie ein Telegramm in meine Hände gekommen.“

Westpfahl weidete sich an Tiebrucks Erregung. Zum ersten Male sah er den berühmten Kliniker seine Ruhe verlieren. Er sah das Spiel bereits gewonnen.

„Wann soll Ihr angebliches Telegramm in Königstein gewesen sein?“ fragte Tiebrucks Verteidiger.

„Es muß gegen fünf Uhr in Königstein gewesen sein“, antwortete Westpfahl. „Und wurde von dort eine Stunde später beantwortet. Geben Sie das zu, Herr Professor?“

Jetzt konnte sich Maria nicht mehr zurückhalten. Sie sah, daß Tiebrucks Ruhe durch die Erwähnung Kamillas vollkommen zerstört war. Westpfahl würde leichteres Spiel als bisher haben. Das durfte nicht sein. Sie sah klar, ganz klar.

„Es ist nicht möglich, daß mein Mann ein Telegramm bekommen und gleich nach Erhalt beantwortet hat. Wir waren an dem genannten Tage von mittags zwei bis abends acht Uhr in Falkenstein auf einem Ausflug. Wir haben um sechs Uhr im Hotel ‚Zur schönen Aussicht‘ gesessen. Lassen Sie doch das Zimmermädchen in Königstein vernehmen, ob wir zu Hause waren, als das Telegramm ankam.“

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg